

**Sportklinik Stuttgart GmbH
Stuttgart-Bad Cannstatt**

Testatsexemplar
Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2010

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im elektronischen Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 1. Juni 2011

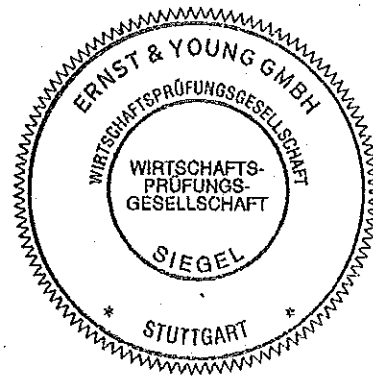
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Söhnle
Wirtschaftsprüfer



Dr. Jungblut
Wirtschaftsprüfer



Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt
Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software	57.311,46		76
2. Geleistete Anzahlungen	<u>190.891,42</u>		<u>0</u>
		248.202,88	<u>76</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.104.773,00		3.293
2. Technische Anlagen	932.405,30		1.021
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.105.006,03		1.392
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>20.706,00</u>		<u>27</u>
		6.162.890,33	<u>5.733</u>
III. Finanzanlagen			
Wertpapiere des Anlagevermögens		409,20	<u>0</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	707.498,38		559
2. Unfertige Leistungen	<u>24.202,00</u>		<u>18</u>
		731.700,38	<u>577</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.981.981,40		2.105
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntG EUR 0,00 (Vj. TEUR 77)	43.500,00		122
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>391.979,54</u>		<u>312</u>
		3.417.460,94	<u>2.539</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		2.238.432,17	<u>1.824</u>
C. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten		26.725,29	<u>9</u>
		<u>12.825.821,19</u>	<u>10.758</u>

Sporklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt
Gewinn- und Verlustrechnung für 2010

	EUR	EUR	EUR	2009 TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	16.347.543,02			16.617
2. Erlöse aus Wahlleistungen	383.759,71			397
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	912.759,32			790
4. Nutzungserlöge der Ärzte	1.979.157,29			2.052
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	5.510,00			-17
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.000,00			2
7. Sonstige betriebliche Erträge	486.558,26			744
8. davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 104.762,47 (Vj. TEUR 68)			20.123.689,20	17.585
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	7.576.909,33			6.425
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.893.338,16			1.559
davon für Altersversorgung EUR 549.298,55 (Vj. TEUR 486)				
9. Materialaufwand	9.429.247,49			7.994
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.262.883,78			4.222
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.318.025,20			1.258
Zwischenergebnis	5.601.008,98	15.030.256,47		5.470
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen		5.093.431,75		4.131
- Fördermittel nach dem KHG -	534.621,86			200
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	272.729,22			259
12. Aufwendungen aus der Zurechnung zu Sonderposten nach dem KHG	634.621,86			200
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	757.341,39			685
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.562.043,64			3.169
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 22.231,03 (Vj. TEUR 14)			-4.047.155,81	
Zwischenergebnis		1.046.275,92		536
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		35.719,16		104
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		130.801,89		195
davon für Aufzinsung EUR 412,45 (Vj. TEUR 0)				
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		951.193,19		445
18. Außerordentliche Aufwendungen		500,00		0
davon Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1				
bis 5 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) EUR 500,00 (Vj. TEUR 0)				
19. Außerordentliches Ergebnis		500,00		0
20. Steuern		1.179,27		-13
davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR 3.402,53 (Vj. TEUR -17)				
21. Jahresüberschuss		949.513,92		458

Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt

Anhang für 2010

1. Allgemeine Angaben

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, haben wir einzelne Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und daher in diesem Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grunde wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

Erstmals wurden die Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 berücksichtigt. Von der Möglichkeit des Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB, die gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB anzugebenden Vorjahreszahlen bei erstmaliger Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG nicht an die geänderten Bewertungsmethoden anzupassen, wurde Gebrauch gemacht.

Ergänzend kamen die Bestimmungen der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) zur Anwendung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Erworbene und selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode ermittelt.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. In die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch anteilige Gemeinkosten und durch die Fertigung veranlasste Abschreibungen einbezogen.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 150,00 bis EUR 1.000,00, die nach dem 31. Dezember 2007 angeschafft worden sind, wird aus Vereinfachungsgründen in der Handelsbilanz ein Sammelpostenverfahren angewandt. Der Sammelposten wird pauschalierend jeweils mit 20 Prozent p. a. im Zugangsjahr und in den vier darauffolgenden Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden im Übrigen zeitanteilig vorgenommen.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu den niedrigeren Tageswerten angesetzt. Für bestimmte Vorräte (gleichartige Vorräte) werden die Werte mithilfe zulässiger Bewertungsvereinfachungsverfahren unter Beachtung des Niederstwertprinzips ermittelt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag aktiviert.

Die unfertigen Erzeugnisse sind auf der Basis von Einzelkalkulationen, die auf der aktuellen Betriebsabrechnung beruhen, zu Herstellungskosten bewertet.

In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d. h. es wurden von den voraussichtlichen Verkaufspreisen Abschläge für noch anfallende Kosten vorgenommen.

Alle erkennbaren Risiken im **Vorratsvermögen**, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Abgesehen von handelsüblichen Eigentumsvorbehalten sind die Vorräte frei von Rechten Dritter.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen; das allgemeine Kreditrisiko ist durch pauschale Abschläge berücksichtigt.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens sind gemäß § 5 Abs. 2 und 3 KHBV gebildet und werden dem Abschreibungsverlauf der geförderten Investitionen gemäß aufgelöst.

Die **Steuerrückstellungen** und die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst. In Anwendung des in Art. 67 Abs. 3 EGHGB eingeräumten Wahlrechts wurden Rückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB in der bis zum 28. Mai 2008 geltenden Fassung beibehalten (Aufwandsrückstellungen).

Soweit die zugrunde liegende Verpflichtung einen Zinsanteil enthält, wurde die Rückstellung zum 31. Dezember mit dem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinsfußes von 4,36 % (Archivierung) bzw. 5,15 % (Jubiläen) angesetzt.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

a) Anlagevermögen

Sachanlagen

Der Anlagennachweis gemäß § 4 Abs. 1 KHBV ist diesem Anhang zu entnehmen.

b) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Restlaufzeiten liegen bis auf das Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von TEUR 4 (Vj. TEUR 4), das seit 2008 rätierlich bis 2017 ausbezahlt wird, wie im Vorjahr durchweg unter einem Jahr.

c) Eigenkapital

Das Eigenkapital (gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) beträgt TEUR 5.410 (Vj. TEUR 4.445) und wurde teilweise durch Sacheinlagen erbracht. Die Gewinnrücklagen erhöhten sich um den Jahresüberschuss 2009 (TEUR 458) und die

Einstellung infolge der Neubewertung von Rückstellungen durch die erstmalige Anwendung des BilMoG zum 1. Januar 2010 (TEUR 14).

d) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Urlaubsansprüche, Überstunden, Reklamationen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, Instandhaltung, Sondervergütungen, Berufsgenossenschaftsbeiträge und Jubiläumsgelder gebildet.

e) Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten und die Besicherung der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel im Einzelnen dargestellt.

Die Verbindlichkeiten umfassen solche gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 3 und resultieren aus Umsatzsteuerverbindlichkeiten aufgrund umsatzsteuerlicher Organschaft.

Die Zusammensetzung und Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gehen aus der nachfolgenden Darstellung hervor (in Klammer Vorjahr):

	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesichert mit
	TEUR	bis zu 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahren TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.226 (2.561)	334 (335)	1.186 (1.266)	706 (960)	3.023 Grundschild (3.023 Grundschild)
aus Lieferungen und Leistungen	758 (325)	758 (325)	0 (0)	0 (0)	- (-)
Sonstige	976 (925)	976 (925)	0 (0)	0 (0)	- (-)
	<u>3.960</u>	<u>2.068</u>	<u>1.186</u>	<u>706</u>	

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind TEUR 3.023 durch Grundpfandrechte gesichert.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse von TEUR 19.628 (Vj. TEUR 16.856) geht aus den GuV-Posten 1 bis 4 hervor.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge (TEUR 221; Vj. TEUR 210) enthalten, die sich im Wesentlichen aus Erträgen aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre (TEUR 105, Vj. TEUR 68), Erträgen aus Revisionskorrekturen (TEUR 47, Vj. TEUR 0), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 2, Vj. TEUR 37), Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (TEUR 27, Vj. TEUR 0) sowie Erträgen aus zusätzlichen Bonuszahlungen (TEUR 12, Vj. TEUR 52) zusammensetzen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Forderungsabschreibungen (TEUR 12, Vj. TEUR 8), Aufwendungen aus der Erhöhung der Wertberichtigungen (TEUR 1, Vj. TEUR 19), zurückgestellte Aufwendungen aus Reklamationen der Kostenträger für das Geschäftsjahr (TEUR 485, Vj. TEUR 345) bzw. für die Vorjahre (TEUR 136, Vj. TEUR 115), Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen früherer Jahre (TEUR 22, Vj. TEUR 14) Aufwendungen aus Nachberechnungen der EEG-Umlage 2009 (TEUR 9, Vj. TEUR 0) sowie andere periodenfremde Aufwendungen (TEUR 65, Vj. TEUR 39).

5. Ergänzende Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

a) Haftungsverhältnisse

Bezüglich der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer der Sportklinik Stuttgart GmbH liegt eine mittelbare Pensionsverpflichtung nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vor. Die über eine Zusatzversorgungskasse abzuwickelnden Versorgungsleistungen der Arbeitnehmer der Sportklinik Stuttgart GmbH führen zu einer Subsidiärhaftung des entsprechenden Arbeitgebers, die zu einer mittelbaren Pensionsverpflichtung der Gesellschaft führt. Eine Passivierungspflicht besteht für derartige Verpflichtungen nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht.

Nach Artikel 28 Abs. 2 EGHGB besteht jedoch die Verpflichtung, den Betrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen im Anhang anzugeben. Da der verlässlichen Betragsangabe im Anhang praktische Schwierigkeiten der Ermittlung seitens der Zusatzversorgungskasse entgegenstehen, werden entsprechend den

Äußerungen des IDW qualitative Angaben über die Art und den Umfang der mittelbaren Verpflichtungen wie folgt gemacht:

Die Sportklinik Stuttgart GmbH ist als Arbeitgeber Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg, die ihren Sitz in Karlsruhe hat. Während der Zeit der Beschäftigung der Arbeitnehmer besteht für die Sportklinik Stuttgart GmbH eine Umlagepflicht, die einerseits aus der Versicherungsrentenverpflichtung und andererseits aus der Versorgungsrentenverpflichtung besteht, wobei die Ansprüche aus der Versorgungsrente höher sind als die aus der Versicherungsrente. Einzelheiten hierzu sind in der Satzung der Zusatzversorgungskasse geregelt. Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter im Geschäftsjahr 2010 beträgt etwa TEUR 6.234 (Vj. TEUR 5.809) bei einem Umlagesatz von 5,35 % (Vj. 5,35 %) zuzüglich einer Sanierungsumlage von 2,0 % (Vj. 2,2 %).

Mit einer Inanspruchnahme wird nicht gerechnet.

b) Außerbilanzielle Geschäfte

Operating-Leasing MRT G-Scan	Zweck	Gerätenutzung
	Risiken	Änderung der Abrechnungsbestimmungen Minderauslastung
	Vorteile	Liquiditätsverbesserung

Konsignationslager- vereinbarungen (im Wesentlichen die Firmen Aesculap, Arthrex, Biomet, De Puy)	Zweck	Lagerung von und Zugriff auf Artikel eines fremden Eigentümers
	Risiken	Bestandsdifferenzen
	Vorteile	Hohe Warenverfügbarkeit bei Schonung der Liquidität

c) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Haftungsverhältnissen bestehen in Höhe von TEUR 411 sonstige finanzielle Verpflichtungen. Im Einzelnen betreffen diese Verpflichtungen u. a. folgende Sachverhalte:

	TEUR/Jahr	Rest-Vertragslaufzeit
Mieten	237	Abschluss auf unbestimmte Zeit
Mieten	3	Januar 2010
Erbbaurecht	41	Dezember 2050
Leasinggebühren	130	Januar 2010, Juli 2011 bzw. September 2013

d) Derivative Finanzinstrumente

Angaben zu Finanzinstrumenten (nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert):

Art/Kategorie	Nominal- betrag TEUR	Beizulegender Zeitwert TEUR
Zinsbezogene Geschäfte	2.380	-176

Die zinsbezogenen Geschäfte betreffen Zinsswaps. Da es sich bei den zugrunde liegenden Geschäften um geschlossene Positionen handelt, ergab sich kein Rückstellungsbedarf. Für die Bewertung wurde die Barwertmethode angewandt.

Bewertungseinheiten

Folgende Bewertungseinheiten wurden gebildet:

Grundgeschäft / Sicherungsinstrument	Risiko / Art der Bewertungseinheit	einbezogener Betrag	Höhe des abge- sicherten Risikos
(1) Darlehensverbindlichkeit / Zinsderivat	Zinsrisiko / micro hedge	TEUR 2.380	TEUR 2.380

zu (1): Die gegenläufigen Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft gleichen sich im Sicherungszeitraum aus, weil das Grundgeschäft unverzüglich nach Entstehung in betraglich gleicher Höhe mit demselben Zins und derselben Laufzeit durch Devisentermingeschäfte abgesichert wird.

e) Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter

Angestellte und Arbeiter	188,7
Auszubildende	<u>3,0</u>
Gesamt	<u>191,7</u>

f) Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung: Sporthilfe Württemberg e.V.
Landeshauptstadt Stuttgart

Aufsichtsrat: Dr. Volker Munk Vorsitzender
(Wirtschaftsprüfer und Steuerberater)

Klaus-Peter Murawski stv. Vorsitzender
(Bürgermeister Stadt Stuttgart)

Michael Stümpflen
(Marketingberater)

Dr. Ralf-Michael Schmitz
(Geschäftsführer Klinikum Stuttgart)

Geschäftsführung: Jürgen Zimmermann

Im Geschäftsjahr wurden Aufwandsentschädigungen für den Aufsichtsrat in Höhe von EUR 7.722 (Vj. EUR 7.522) bezahlt.

Die Angabe zu den Gesamtbezügen der Geschäftsführung unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

g) Nahestehende Personen

Im Geschäftsjahr wurden Vergütungen für Untemehmungen (Pepper & Salt, Agentur für Marketing und Organisation GmbH) unter Beteiligung von Aufsichtsratsmitgliedern (Herr Michael Stümpflen) in Höhe von EUR 15.927,56 aufgewendet.

h) Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt (In Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat) vor, den Bilanzgewinn von EUR 949.513,92 in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Stuttgart, 31. Mai 2011

Jürgen Zimmermann
Geschäftsführer

Lagebericht 2010 der Sportklinik Stuttgart GmbH, Taubenheimstraße 8 in 70372 Stuttgart (Bad Cannstatt)

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen 2010

Die Sportklinik ist im Wesentlichen auf dem Gebiet der Sportmedizin mit den Bereichen Chirurgie, Orthopädie, Physikalische Therapie tätig.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat am 21.10.1999 nach § 7 LKHG i.V.m. § 8 KHG aus Anlass des Trägerwechsels einen Feststellungsbescheid erteilt, nach dem die Sportklinik Stuttgart mit Wirkung vom 01.01.1999 in der gemeinsamen Trägerschaft der Sporthilfe Württemberg e.V. und der Sport-Med Stuttgart GmbH mit der bisherigen Planbettenzahl (80) in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen wurde. Mit Bescheid des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 28.12.2010 wurde auf der Grundlage des Landeskrankenhausplans 2010 nach § 7 Abs. 1 und Abs. 2 LKHG i.V.m. § 8 Abs. 1 Satz 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) der Feststellungsbescheid über die Aufnahme der Sportklinik Stuttgart GmbH in den Landeskrankenhausplan 2010 die Anzahl der Planbetten mit Wirkung zum 01.01.2011 auf 75 Planbetten festgesetzt.

Der Name des Krankenhauses ist weiterhin „Sportklinik Stuttgart“. Die Klinik wird wie bisher als freigemeinnütziges Krankenhaus geführt. Als Fachkrankenhaus wird die Klinik keiner Leistungsstufe zugeordnet.

Am 20.12.2007 wurde der Gesellschafterbeschluss gefasst, der Veräußerung und Übertragung des Geschäftsanteils des Württembergischen Landessportbund e.V. (WLSB e.V.) an den Sporthilfe Württemberg e.V. zuzustimmen. Beim Notar wurde der Geschäftsanteilsveräußerungsvertrag unter der aufschiebenden Bedingung beurkundet, dass zwischen dem Verein Sporthilfe Württemberg e.V. und der Landeshauptstadt Stuttgart ein Vertrag über den Erwerb eines (Teil-) Geschäftsanteils von 49 % an der Sportklinik Stuttgart GmbH abgeschlossen wird.

Nach dem Rückkauf des Geschäftsanteils des WLSB e.V. hat der Sporthilfe Württemberg e.V. als alleiniger Gesellschafter am 21.02.2008 mit der Landeshauptstadt Stuttgart 49 % der Geschäftsanteile an der Gesellschaft an die Landeshauptstadt Stuttgart verkauft. Das Bundeskartellamt hat dem Erwerb des Geschäftsanteils durch die Landeshauptstadt Stuttgart am 14.05.2008 zugestimmt; der Vollzug der Beteiligung wurde dem Bundeskartellamt am 30.05.2008 angezeigt.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat am 11.03.2008 bestätigt, dass aufgrund des Wechsels in der Gesellschafterstruktur weder erteilte Fördermittel widerrufen noch gewährte Fördermittel zurückgefordert werden.

Die Gemeinnützigkeit wurde zuletzt mit Bescheid vom 27.09.2010 vom Finanzamt Stuttgart-Körperschaften für das Jahr 2008 bestätigt.

Die Umstellung des DRG-Katalogs 2009 auf 2010 hat zu einer weiteren Spreizung der DRGs (+8 auf insgesamt 1.200) geführt; die Aktualisierung des DRG-Katalogs hat für die Bewertungen des Leistungsspektrums der Sportklinik Stuttgart GmbH mit +0,06% nur einen geringen Effekt.

Die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen hat das Bundesministerium für Gesundheit für 2010 mit 1,54 % (1,41 %) bekannt gegeben. Der Landesbasisfallwert wurde auf 2.962,81 € (2.917,18 €) festgesetzt.

Umbau

2010 wurde eine neue Zentralsterilisation gebaut und am 18.10.2010 in Betrieb genommen. Diese Maßnahme wurde durch das Regierungspräsidium Stuttgart nach § 12 LKHG mit einem Festbetrag in Höhe von 435.000 € gefördert.

In der Martin-Luther-Str. 1 und 3 wurden 2010 weitere Büroräume eingerichtet.

Budget- und Entgeltvereinbarung

Im Juli 2010 wurde für 2010 eine neue Entgeltvereinbarung mit den Krankenkassen abgeschlossen, welche zum 01.01.2010 in Kraft getreten ist. Nach 4.559 Fällen mit 4.880,987 Casemixpunkten in 2009 wurden 2010 4.865 Fälle (+306 Fälle Mehrleistungen) mit 5.400,000 Casemixpunkten (+ 519,013) vereinbart.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagementsystem wurde weiterentwickelt. Zahlreiche Prozesse/Kapitel wurden fertiggestellt und freigegeben. 2010 wurden 5 interne Audits durchgeführt und die Verbesserungspotentiale in eine Maßnahmenplanung überführt und die Prozesse aktualisiert. 2010 wurde die Digitalisierung des Röntgens erfolgreich umgesetzt. Dies hat zu einer Verbesserung der Informationsqualität geführt. Als weiteres Projekt steht für 2011 die Einführung eines elektronischen Archivs und einer digitalen Patientenakte an.

Leistungsentwicklung

Der Leistungsmix ambulant – stationär hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Durch die Vereinbarung von Mehrleistungen im stationären Bereich +306 Fälle (Vorjahr + 578 Fälle) wurden 2010 88 % der Fälle stationär (2009 89 %) und 12 % ambulant (2009 11 %) erbracht.

Der Anteil der Direktaufnahmen, hier handelt es sich um Patienten, die am Tag der OP aufgenommen werden, hat sich auf 1.629, dies sind 33,3 %, erhöht (Anteil lag 2003 bei 8,6 %). Die Verweildauer (VD) liegt mit 4,2 Tagen unter dem Niveau des Vorjahres (4,5) und erklärt sich aus dem Anstieg der Direktaufnahmen.

Stationsersetzende Maßnahmen wurden durch mehr und schwierigere Fälle kompensiert, dies unterstreicht auch der Anstieg des CMI von 1,097 im Vorjahr auf 1,107.

Die im Verbund mit dem Musculo-Skelettalen-Zentrum des Klinikums Stuttgart in der zweiten Jahreshälfte 2009 eingeführte Neuro-Orthopädie hat sich 2010 gut entwickelt. Ab dem zweiten Quartal wurde eine Sprechstunde für Sportler mit Rückenproblemen für GKV-Versicherte eingerichtet.

Ungeachtet der hausinternen Strategie, das stationäre Leistungsspektrum durch Fokussierung und Spezialisierung auf schwierigere Fälle weiter zu steigern, ist für die nächsten Jahre tendenziell - dies ist nach wie vor politisch so gewollt - mit einer zunehmenden Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich zu rechnen.

Bei den ambulanten Operationen hat sich die Tendenz niedrigerer Abrechnungsbeträge aus dem Vorjahr nicht fortgesetzt. Durch eine lückenlose Dokumentation hat sich der durchschnittliche Abrechnungsbetrag erhöht.

Die Auslastung der regelmäßig verfügbaren 80 Planbetten lag im Jahresdurchschnitt bei 70 %.

Personal

Die Arbeitsverträge werden in Anlehnung an den BAT/TVöD geschlossen. Die GmbH ist anstelle der Sporthilfe Württemberg e.V. Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse und hat damit die Ansprüche der vollständig auf die GmbH übergeleiteten Mitarbeiter gesichert.

Kooperationen

Betriebsarzt, Hygienefachkraft und die Fachkraft für Arbeitssicherheit werden in Kooperation mit anderen Kliniken eingesetzt; weitere Kooperationen und vertragliche Bindungen bestehen hinsichtlich der Apothekenbelieferung, der Leitung der Anästhesie, Labor, Datenschutz und mit der TGmed GmbH im Bereich des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements. Der aus strategischen Gründen mit Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart in 2008 begonnene Bezug externer Dienstleistungen über das Klinikum Stuttgart wurde 2010 weiter ausgebaut. Die Apothekenbelieferung und die Betreuung der Medizintechnik hat zum 01.01.2010 das Klinikum Stuttgart übernommen.

Die Klinik kooperiert mit niedergelassenen Orthopäden mit stationären Spezialleistungen im Bereich der Thermokoagulation in Räumen und an Patienten der Klinik.

2. Vermögens-, Finanz und Ertragslage

Im Berichtsjahr konnte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 950 TEUR erzielt werden.

Die Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich auf die Leistungsausweitung im stationären Bereich durch die Vereinbarung von Mehrleistungen (zusätzlich vereinbarte Casemixpunkte wurden - erstmals - zu 100 % des Basisfallwerts vergütet) zurückzuführen.

Die ärztlichen Wahlleistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % gesunken; dies ist im Wesentlichen auf die Verkürzung der VD zurückzuführen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch bei den Erlösen aus Wahlleistungen (1- und 2-Bettzimmer) wieder.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf 9.429 TEUR erhöht. Dies resultiert aus dem Ausbau einer eigenen Anästhesieabteilung sowie einer angemessenen Aufstockung der Mitarbeiter infolge der Leistungsausweitung seit der Inbetriebnahme des Chirurgischen Zentrums.

Der Materialaufwand hat sich auf 5.601 TEUR erhöht. Dies liegt an der Leistungsausweitung und an den zusätzlichen Aufwendungen für bezogene Leistungen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Zentralsterilisation und den Aufwendungen für eine externe Hygienefachkraft.

Investitionen

2010 wurden Investitionen in Höhe von 863 TEUR (VJ 885 TEUR) vorgenommen.

Wartung/Instandhaltung

Der Wartungs- und Instandhaltungsaufwand betrug 2010 1.706 TEUR (VJ 1.438 TEUR).

Der Vorgriff auf die pauschalen Fördermittel des Landes nach § 15 LKHG hat sich 2010 um +535.670,17 EUR (VJ +433.471,33 EUR) erhöht.

Eigenkapital

Die Gesellschaft verfügt über eine solide Eigenkapitalbasis (TEUR 5.410).

Liquidität

Die flüssigen Mittel der Gesellschaft haben im Vergleich zum Vorjahr um 415 TEUR zugenommen.

Durch den Ausgleich infolge der Streckung des letzten Konvergenzschrittes hat sich die Liquidität 2010 weiter verbessert.

Die Liquiditätslage ist solide und die Zahlungsfähigkeit war in 2010 jederzeit sichergestellt.

Insgesamt stellt sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Klinik zufrieden stellend dar.

3. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf den Jahresabschluss 2010 gehabt hätten, nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die Einführung einer neuen GOÄ ist seit Jahren überfällig. Mit einer Neufassung ist in den nächsten Monaten zu rechnen. Dies birgt Risiken, denn es ist zu erwarten, dass die Neufassung der GOÄ zu einer Umverteilung im System genutzt wird. Das Risikopotential durch die neue GOÄ ist derzeit nicht einschätzbar.

Der Verzicht auf den Orientierungswert und die Begrenzung des Anstiegs der Budgets auf die halbe Grundlohnsummensteigerungsrate führen zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen. Die Wiedereinführung der Abschläge auf vereinbarte Mehrleistungen ab 2011 und die unterproportionale Vergütung von Sach- und Personalkostensteigerungen lösen zusätzlichen Rationalisierungsdruck und weitere Arbeitsverdichtung aus.

Weitere Kataloganpassungen und die Priorisierung „stationersetzender Maßnahmen“ und ambulanter Behandlungsmöglichkeiten stellen zusätzliche Risiken dar.

Die Krankenhauslandschaft ist im Umbruch; in Baden-Württemberg werden in den nächsten Jahren weitere Betten abgebaut werden. Konzentration mit Zentrenbildung, Fallpauschalenanpassung, demographischer Wandel, Ärzte- und Fachkräftemangel führen zu zunehmenden Problemen bei der Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter. Die Auswirkungen der Änderungen im Weiterbildungsrecht der Ärzte (neuer Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie) bringen weitere Änderungen mit sich und der Engpass im Zusammenhang mit dem Pflichteinsatz mit einem halben Jahr auf einer Intensivabteilung erschwert die Facharztausbildung.

Die Einzelfallprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen haben gegenüber dem Vorjahr weiter zugenommen. Diese bergen das Risiko von Erlöskorrekturen.

Trotz anziehender Konjunktur hat der Druck auf die Sozialversicherungssysteme nicht abgenommen. Kurzarbeit und der Stellenabbau der letzten Jahre haben zu gewaltigen Einnahmeverlusten in der gesetzlichen Sozialversicherung geführt, so dass weitere restriktive Kostensenkungsmaßnahmen zu erwarten sind. Wie sich dies auf die Weiterentwicklung des DRG-Systems auswirken wird, ist derzeit nicht einschätzbar.

Weitere Risiken ergeben sich aus der Ungewissheit zu erwartender Reformen im Gesundheitswesen.

5. Prognosebericht

Neuro-Orthopädie

Für 2011 erwarten wir einen weiteren Anstieg der Patientenzahlen in der konservativen Wirbelsäulenspezialsprechstunde für Sportler mit Rückenproblemen.

DRG-Kalkulation

2011 nimmt die Klinik am Kalkulationsverfahren des InEK für das Datenjahr 2010 teil. Dies ist die Basis für den weiteren Ausbau des Controllings und die weitere Optimierung der Betriebsabläufe.

MRT-Bereich

Für das laufende Geschäftsjahr 2011 wird nicht mit einer weiteren Steigerung der MRT-Untersuchungszahlen gerechnet. Zur weiteren Serviceverbesserung für Patienten der GKV bedarf es einer Erweiterung der Ermächtigung durch die Kassenärztliche Vereinigung. Dies ist angesichts des Versorgungsgrades in Stuttgart ein sehr schwieriges Unterfangen.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagement sichert und erhält den guten Ruf des Hauses. Durch die Einführung der Digitalisierung in 2011 werden die Prozesse, Abläufe und die Dokumentation rund um den Patienten weiter verbessert. Die kontinuierliche Messung der Patientenzufriedenheit zeigt Verbesserungspotential und Handlungsbedarf schnell auf, so dass zügig und flexibel auf Patientenwünsche reagiert werden kann.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch für die Zukunft mit einer guten Auslastung der Klinik zu rechnen.

Praxis im SpOrt

Das neue Betriebskonzept der SpOrt Medizin Stuttgart GmbH hat sich im ersten Jahr bewährt. Mit einer positiven Weiterentwicklung der Einrichtung wird gerechnet.

Die Sportklinik Stuttgart ist Kooperationspartner der SpOrt Medizin Stuttgart GmbH.

Sonstiges

Durch die Realisierung der Instandhaltungsmaßnahmen werden die Gebäudesubstanz und Ausstattung der Klinik Zug um Zug verbessert.

In 2011 stehen weitere Baumaßnahmen an. Der Caterer hat die Produktion der Spensen an einen externen Standort ausgelagert. Für die Nutzung der Küche wird ein neues Nutzungskonzept entwickelt.

Geschäftsentwicklung 2011

Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres 2011 hinsichtlich der Leistungsentwicklung entspricht den Erwartungen. Die finanziellen Verhältnisse sind geordnet. Für das Geschäftsjahr 2011 kann von einem weiterhin positiven Ergebnis ausgegangen werden. Für das Jahr 2012 kann angesichts der unsicheren politischen Rahmenbedingungen keine Prognose gemacht werden.

70372 Stuttgart, 31.05.2011
Jürgen Zimmermann
Der Geschäftsführer

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren Interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung, die Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahen Tätigkeiten der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Stand 1. Juli 2007) sowie die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.